

Solidarität ^{Liste}

Zeitung der Rüsselsheimer alternativen Liste - Februar 2004

Kommt jetzt der Rüsselsheimer Kahlschlag?

Sparprogramme bringen weder Zukunftssicherung noch Haushaltsanierung. Es sind noch nicht ganz zwei Jahre vergangen seitdem die Rüsselsheimer Kommunalpolitik die Zukunft gesichert hat!? Die Stadtverordnetendrucksache 142, das sogenannte Zukunftssicherungsprogramm versprach „... die Sanierung der städtischen Finanzlage ...“. Der Preis für die angebliche Sanierung war hoch, unter anderem die Schließung des Kinderhauses Innenstadt, der Kinderräume Königstädten, des Jugendtreffs Berliner Viertel, der meisten Alttagesstätten und im Vorfeld die Privatisierung der Stadtwerke, die Schließung des Opelbades sowie die Übertragung der Stadtteilbüchereien an sogenannte freie Träger. Schlimmeres konnte nur durch erfolgreiche Bürgerbegehren abgewendet werden.

Keine Konsolidierung ohne Gemeindefinanzreform

Haben die Kommunalpolitiker damit die Rüsselsheimer bewusst belogen? In der Haushaltsrede 2004 des Oberbürgermeisters finden wir aufschlussreiche Informationen zu dieser Frage. Gieltowski fordert eine Gemeindefinanzreform und kritisiert die Steuergesetzgebung des Bundes, die die Kassen der Kommunen leert. Sein Fazit: „Die Kommunen, Rüsselsheim eingeschlossen stehen in einem Wettlauf zwischen wegbrechenden Einnahmen und Gegenmaßnahmen.diesen Wettlauf können die Kommunen alleine nicht gewinnen.“
Zukunftssicherung? Nein - eine Täuschung der Rüsselsheimer Einwohner!

Kahlschlag wider besseren Wissens

Richtige Analysen führen leider nicht zu richtigem Handeln. Unmittelbar nach der Feststellung, dass durch „Sparen“ eine Sanierung der Gemeindefinanzen nicht möglich ist, denken die Rüsselsheimer Parteien CDU, FDP, SPD, Die Grünen und Liste Rüssel über einen gigantischen Kahlschlagkatalog für Rüs-

selsheim (siehe Kasten) nach. Die Anträge dieser Parteien zum Haushaltsplan 2004 haben in diesen keinen Eingang gefunden. Stattdessen haben sie vereinbart, dass außerhalb des parlamentarischen Haushaltsprozesses eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe, auf Grundlage dieser Anträge Dienstleistungsabbau, Gebührenerhöhungen und weitere Sparmaßnahmen von rund 30 Millionen Euro bis 2007 erarbeitet.

Einige der angedachten „Spar“maßnahmen:

- Gebührenerhöhung in Musikschule, Bädern, VHS und Kitas
- Ausdünnung verschiedener Buslinien
- Drohende Mieterhöhungen durch erhöhte Gewobau-Zahlungen an die Stadt
- Kürzung der Zuschüsse für Auszeit, kulturelle Initiativen, Mädchentreff und Wildwasser
- Einführung eines Nutzungsentgeltes für Vereine in städtischen Sporteinrichtungen
- Privatisierung des Bades an der Lache
- Sozialhilfe zurück an den Kreis
- Einführung flächendeckender Schulsozialarbeit aussetzen
- Zurückführung des Jugendamtes an den Kreis
- Umwandlung der Städt. Betriebshöfe in eine GmbH
- Museum, Theater, Bibliothek, Treff sollen GmbH werden
- Privatisierung städtischer Sportanlagen und Sporthallen
- Zusammenlegung der VHS mit Kreis-VHS

Wer soll das alles bezahlen?

Alle Anträge der genannten Parteien haben eine Richtung: Gebührenerhöhung, Dienstleistungsabbau, Mieterhöhung bei Gewobau, Mieterhöhung durch Grundsteuererhöhung. Die Zeche zahlen die EinwohnerInnen in Rüsselsheim. Die Maßnahmen des sogenannten Zukunftsprogrammes und der geplante Kahlschlag werden ebenso wirken.

Liste Solidarität geht andere Wege

In Ihren Anträgen geht die Liste Solidarität andere Wege: Anhebung der Gewerbesteuer auf den bis 1997 geltenden Satz, keine Erhöhung der Grundsteuer die Mieter und Eigenheimbesitzer belastet, Abschaffung des kosten trächtigen Nebeneinanders von zwei Methoden des Rechnungswesens in der Stadtverwaltung.

Zukunft durch solide Gemeindefinanzreform

Die Liste Solidarität fordert die etablierten Parteien und ihre Mitglieder auf, die Sparknute nicht weiter bei den EinwohnerInnen anzulegen, sondern eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene einzufordern und durchzusetzen. Eine soziale Stadt ist bezahlbar, wenn die Kosten nicht nur auf die Beschäftigten und ihre Familien abgewälzt, sondern insbesondere die großen Kapitalgesellschaften zur Kasse gebeten werden.

Die Liste Solidarität unterstützt die Proteste gegen einen Rüsselsheimer Kahlschlag!

Die Kassen sind leer*

Wer hat reingegriffen?

Sylvester 2003/2004 knallten die Champagnerkorken bei den Besserverdienenden und Reichen besonders laut! Dem Einkommensmillionär werden seit Beginn des Jahres Steuern in Höhe von über drei Prozent seines Einkommens erlassen. Das sind rund 30.000 Euro. Beim Durchschnittsverdiener mit 30.000 Euro Jahreseinkommen beträgt die Entlastung gerade einmal etwas mehr als 400 Euro, das sind 1,4 Prozent seines Einkommens.

... Banken und Konzerne

Noch im Jahr 2000 nahm das Land Hessen 1.400 Millionen Körperschaftssteuer ein, der Ge-

den Villenbesitzern in Kronberg, Bad Soden, Wiesbaden und anderswo ein. 2002 waren es noch 40 Millionen. Das war das Ergebnis der Abschaffung der Vermögenssteuer durch Kohl. Die CDU denkt nicht daran, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, ebenso wenig wie die Spitzen von SPD und Grünen.

... Die Spitzenverdiener

Auch die Senkung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener, z.B. die Vorstände von Opel, Deutsche Bank, Volkswagen usw. brachte Hessen Hunderte Mill. Steuerausfälle und die CDU fordert weitere massive Senkungen.

ge Löcher in Bundes- Landes- und kommunale Haushalte. Die Löcher müssen gestopft werden. Aber wie?

- Soll die Haushaltskonsolidierung durch die Rücknahme der riesigen Steuersenkungen für Kapitalgesellschaften, Vermögende und Spitzenverdiener erfolgen?
- Oder dadurch, dass die verschenkten Steuern u.a. bei den Armen, Arbeitslosen, bei Frauen, bei Schulkindern, bei Studierenden, bei Arbeitern und Angestellten, bei Jugendlichen, Senioren oder Migrantinnen und Migranten wieder zusammengekratzt werden?

Unsere Antwort ist klar. Es muss Schluss sein mit Konsolidierungsprogrammen, die weiteren Sozial- und Bildungsabbau, weitere Privatisierung und neue Preissteigerungen für öffentliche Dienstleistungen bedeuten.

* Dieser Text basiert auf einem Flugblatt der Gruppe „Klartext“. Mehr Infos gibt es unter: www.klartext-info.de oder direkt bei: Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt

Das neue Buch von Prof. Rainer Roth setzt sich mit den Hintergründen der Arbeitslosigkeit auseinander.

ISBN 3-932246-39-X



Wer soll das bezahlen...?

winnsteuer von Kapitalgesellschaften wie Opel, Deutsche Bank, Aventis, Volkswagen usw. 2001 tröpfelten nur noch 91 Millionen in die Landeskasse. 2002 zahlte das Land sogar 165 Millionen Körperschaftssteuer an die Konzerne zurück.

All das kostet Hessen seit 2001 mindestens zwei Milliarden Steuerausfälle jährlich. Die Verschiebung von Geldern aus öffentlichen in private Kassen riss riesig.

Das war das Ergebnis der „im Ziel verfehlten ... Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung“, so die hessische Staatskanzlei. Aber: Die CDU hat den Steuer geschenken für die Banken und Konzerne damals zugestimmt und verlangt noch höhere Gewinnsteuersenkungen.

... Die Vermögenden

1996 nahm Hessen noch 500 Millionen Euro Vermögenssteuer von

Aufstehen, damit es endlich besser wird!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und globalisierungskritische Gruppen wie attac, unterstützen den Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu europaweiten Aktionstagen am 2./3. April 2004. An drei Orten in Berlin, Köln und Stuttgart finden am 3. April Demonstrationen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Europa von morgen statt. Wenige Tage vor dem Beitritt von 10 neuen Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union wird in ganz Europa darauf hingewiesen werden, dass dieses Europa mit deutlichen Defiziten im sozialen Bereich daher kommt. Busabfahrtszeiten für die Fahrt zur Demo in Stuttgart werden noch bekannt gegeben.

3. April 2004: Aktionstag für ein soziales Europa

Konsolidierung führt nicht aus der Krise!

Es klingt so einleuchtend: Eine Stadt kann nur soviel Geld ausgeben wie sie hat. Deshalb sei sie auch für einen ausgeglichenen Haushalt selbst verantwortlich und müsse so lange kürzen und kommunales Eigentum verkaufen, bis sich Einnahmen und Ausgaben decken.

Es ist klar, so muss zwar jeder Privathaushalt kalkulieren, doch eine Stadt ist nun einmal kein Privathaushalt. In einer Stadt organisieren Menschen, Bürgerinnen und Bürger, ihr Zusammenleben. Und damit alle ihre Grundbedürfnisse gut befriedigen können, verständigen sie sich darauf, wichtige Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Horte und Schulen, Straßen, Schwimmbäder, Sportplätze und Theater, Jugendzentren, Seniorentreffs und Krankenhäuser gemeinsam zu unterhalten und zu finanzieren. Und um die Kosten sozial gerecht zu verteilen, sollten die Bürgerinnen und Bürger je nach ihren finanziellen Möglichkeiten linear besteuert werden: Wer wenig verdient, bezahlt wenig Steuern, wer viel verdient, mehr. Die Frage, die wir stellen müssen, lautet deshalb: Wie viel Geld brauchen die Kommunen, wie viel Geld braucht Rüsselsheim vom allgemeinen Steueraufkommen, um seine Infrastruktur bei angemessener Qualität aufrecht zu erhalten und wie kann die steuerliche Last auf alle Nutzer dieser Infrastruktur gerecht verteilt werden?

Folgenreiche Einsicht

Rüsselsheims Infrastruktur hat bereits durch die vorangegangenen Sparmaßnahmen und durch das Haushaltskonsolidierungsprogramm Not gelitten. In vielen Abteilungen der Stadtverwaltung wissen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaum noch, wie sie die anfallende Arbeit bewältigen sollen, Rüsselsheim ist sowohl im Hinblick auf Senioren- wie auch im Hinblick auf Jugendtreffs unterversorgt und dem zunehmenden Mangel an Ausbildungsplätzen sieht die Stadt tatenlos zu.

Bereits die bisherigen Sparmaßnahmen greifen also in unverantwortlicher Weise den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens an. Dies dämmerte kurzzeitig offensichtlich auch einigen Verantwortlichen im Magistrat. Im Vorbericht zum Haushaltsplan für das Jahr 2004 wird ausgeführt, „dass die Stadt Rüsselsheim aus eigener Kraft, d.h. durch weitere Leistungskürzungen gegenüber dem Bürger“ den Haushaltsausgleich nicht erreichen kann. Leider blieb diese Einsicht folgenlos.

Rotgrün im Fahrwasser der CDU

Dass die hiesige CDU Roland Kochs sozialen Kahlschlag auch als Modell für Rüsselsheims Haushaltspolitik vorschlägt, ist zwar schlimm, war aber anders nicht zu erwarten. Dass jedoch Grüne und SPD vor Ort auf diesen Zug aufspringen, wo sie doch im Herbst noch aus der Protestbewegung gegen die Landesregierung politisches Kapital schlagen wollten, zeigt mehr als deutlich, dass die hiesigen Akteure immer noch nicht begriffen haben, dass sie jenseits ihres persönlichen guten Willens objektiv nichts anderes sind als die Vollstrecker des Sozialabbaus auf unterster Ebene. Sozialdemokratische und grü-



ne Lokalpolitiker täuschen sich selbst und den Menschen in der Stadt vor, dass die Kommune den Sparzwängen gehorchen müsse. Sie vergessen und verdrängen dabei, dass sie als Mitglieder der Regierungsparteien auch Verantwortung für die verfehlte Politik in Berlin tragen.

Wir brauchen mehr Druck von unten für eine Gemeindefinanzreform!

Auch aufgrund des Versprechens, für eine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanz zu sorgen, wurden SPD und Grüne 1998 an die Regierung gewählt. Wenn heute, nach fünf Jahren, dieses und andere Versprechen nicht eingelöst sind, dann muss davon ausgegangen werden, dass das politische Konzept nicht stimmt. Wie lange wollen die Mitglieder von SPD und Grünen noch tatenlos zusehen, wie Schröder, Clement, Eichel und Fischer die Republik mit ihrer neoliberalen Politik ruinieren? Die Liste Solidarität ist der Auffassung, „dass die Stadt Rüsselsheim aus eigener Kraft, d.h. durch weitere Leistungskürzungen für den Bürger“ den Haushaltsausgleich nicht schaffen kann. Deshalb unterstützen wir die Proteste gegen weiteren Sozialabbau in der Stadt und lehnen eine Mitarbeit in der interfraktionellen SparAG ab.

Bernd Heyl

Schwarzarbeit für General Motors?

Die Finanznot des Staates und der Städte ist zu einem guten Teil selbst verschuldet. Die Bundesregierung hat Gewinnsteuern gesenkt und weitere Schlupflöcher eröffnet, so dass von vielen großen Unternehmen inzwischen kaum noch Steuern gezahlt werden. Die Stadt Rüsselsheim hat die Gewerbesteuer deutlich gesenkt, so dass mit Ausnahme von Trebur alle Gemeinden im Kreis Groß-Gerau – selbst die kleinsten – höhere Gewerbesteuersätze haben als die mit Abstand größte Stadt – Rüsselsheim.

Die Begründung bei der letzten Senkung ab 1998 lautete: mit niedrigerem Satz holen wir mehr Gewerbebetriebe hierher und haben dann höhere Steuereinnahmen. Dummheit, Unfähigkeit oder bewusste Täuschung? Die tatsächlichen Folgen – weniger anstatt mehr Einnahmen – waren damals schon absehbar. Und so kam es auch. Die Gewerbesteuereinnahmen sanken von 30 bis 50 Millionen Euro Ende der neunziger Jahre inzwischen auf geschätzte 12 Millionen, vielleicht werden es auch noch weniger.

Hauptschuld bei der Bundesregierung

Die Schlussfolgerung des Rüsselsheimer Magistrats ist nun

nicht etwa die Rückkehr zu einem angemesseneren Gewerbesteuersatz. Er hat vielmehr die Erhöhung der Grundsteuer um fast 10 % beschlossen, was die Masse der Bevölkerung – Mieter wie Eigenheimbesitzer – trifft. Weitere Gebührenerhöhungen werden zur Zeit gerade vorbereitet.

Die Rüsselsheimer Stadtpolitiker folgen damit der in Berlin vorherrschenden Logik: Umverteilung von der Bevölkerungsmehrheit zu den Großunternehmen und Spitzeneinkommen. Nach den Verschlechterungen im Gesundheitswesen, den Kürzungen bei Renten (so durch die zusätzlichen Krankenversicherungsbeiträge für Betriebsrenten) und Arbeitslosen kommt nun fast jede Woche eine neue „Idee“ aus Berlin. So soll jetzt die „Schwarzarbeit“ verfolgt und besteuert werden. Und zwar die von handwerklich Begabten oder von als Putzhilfe tätigen Rentnerinnen – nicht jedoch solche, bei der es um mehrstellige Millionenbeträge geht.

Unversteuerte Schwarzarbeit in diesem Sinne leisten viele größere Unternehmen, speziell solche mit Konzernsitz im Ausland. Der Sachverhalt ist seit langem bekannt und in amtlichen Statistiken belegt. So zahlt Deutschland insgesamt weitaus mehr für

Lizenzgebühren an das Ausland als von dort für eigene Patente oder technische Entwicklungsleistungen zurück fließen. Eigentlich ist dies die typische Situation eines Entwicklungslandes, und nicht die des „Exportweltmeisters“, der außerdem bei Direktinvestitionen im Ausland eine Spitzenstellung einnimmt – also entsprechende Einnahmeüberschüsse erzielen müsste.

Arme Reiche – reiche Arme

Das Rätsel löst sich ein wenig, wenn man die Besitzverhältnisse der beteiligten Unternehmen ansieht. Die im überwiegenden Auslandsbesitz befindlichen tragen entscheidend zum Lizenzbilanzdefizit bei. So die Bundesbank-Statistik und im konkreten Einzelfall: Auf der jüngsten Bilanzpressekonferenz der Opel AG wurde offen dargelegt, dass die in Rüsselsheim erbrachten Entwicklungsleistungen – hier arbeiten rund 10.000 Ingenieure und Techniker – von den GM-Produktionsfirmen in England oder Spanien nur mit einem sehr geringen Betrag abgegolten werden. Dasselbe gilt für die Vertriebsgesellschaften, die Opel-Modelle in verschiedenen europäischen Ländern verkaufen. Opel in Deutschland weist dadurch keine Gewinne, sondern Verluste aus. Und zahlt folglich keine Steuern, sondern erhält sogar in früheren Jahren gezahlte Gewinnsteuern zurück.

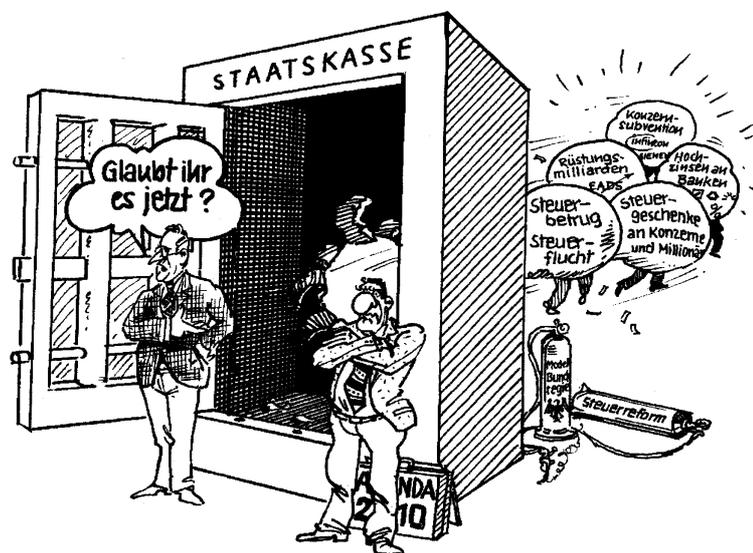
Fortsetzung auf Seite 5

Über die Verhältnisse gelebt?



isw-grafik bb

Die Verhältnisse sind überlebt



Fortsetzung von Seite 4

Wir wissen nun also, was wir schon immer ahnten: Opel ist keineswegs so schlecht wie seine Bilanz, ganz im Gegenteil. Bleibt die Frage: Sind solche Verrechnungspraktiken rechtlich zulässig, oder nur stillschweigend geduldet? Wohl letzteres. Nach einschlägigen Steuerrichtlinien müssen Verrechnungspreise die tatsächlichen Werte widerspiegeln, also zumindest kostendeckend sein. Dies zu prüfen, ist für ei-

nen Finanzbeamten sicherlich immens schwierig. Wahrscheinlich fehlt auch die Unterstützung seines obersten Vorgesetzten. Andererseits scheuen Finanzämter weder Mühe noch Kosten, um bei Einkommensteuerzahlern selbst kleinste Werbungskostenbeträge in Frage zu stellen oder weitere Belege zu fordern. Auch hier also letztlich eine Frage der Schwerpunktsetzung durch den Bundesfinanzminister – wie bereits bei der „Schwarzarbeit“ von Rentnerinnen.

sen grün-roten Widersinn ein bedröder Ausdruck.

Seit September 2003 Unterstützung der Proteste gegen das soziale Kürzungs- programm der hessischen Landesregierung

Für die Liste Solidarität sind die Proteste gegen Kochs Sparpaket ebenso notwendig wie die Proteste gegen Schröders Agenda 2010. Sie sind aber auch berechtigt, denn es gibt genug Geld in der Gesellschaft. Allein eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde das hessische Sparprogramm in der vorliegenden Form überflüssig machen.

November 2003 Antrag zur Sicherung der sozialen Infrastruktur

Die Liste Solidarität fordert umgehend ein Notprogramm zum Erhalt der sozialen Infrastruktur der Stadt Rüsselsheim zu konzipieren und zu realisieren.

Drei weitere Anträge zum kommunalen Haushalt 2004

- gegen Grundsteuererhöhung / für Gewerbesteuererhöhung (siehe Artikel "Schwarzarbeit bei GM")
- Abschaffung der Doppelaufwendung für zwei parallel geführte Haushaltssysteme
- Sitzungsgelder als symbolische Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit im Stadtteilbeirat Dicker Busch. Dieser Antrag wurde von SPD, CDU, FDP, Grünen und Rüssel abgelehnt.

Dezember 2003

Ablehnung der Umwandlung des städtischen Krankenhauses in eine gGmbH als erster Schritt zur Privatisierung (Ausführlicher Artikel auf S. 6)

Forderung nach Einführung eines Rüsselsheim-Passes

Das vorgeschlagene Konzept soll für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verbesserung der Mobilität und des Zugangs zu Bildung und Freizeitangeboten führen. (Ausführl. Artikel auf S. 7)

Kleine Chronologie unserer Aktivitäten seit April 2003

April 2003

Unterstützung der Friedens- bewegung in Rüsselsheim bei ihren Kundgebungen gegen den Irakkrieg.

Gemeinsamer Antrag "City for Peace" von SPD, Grünen, Rüssel und Liste Solidarität angenommen.

Mai 2003

Ablehnung des vom Regie- rungspräsidenten geforderten beschleunigten Personalab- baus bei der Stadt

Die Liste Solidarität wies in ihrer Presseerklärung die Forderung des RP an die Stadt Rüsselsheim, bei den Personalkosten im Jahr 2003 eine Million Euro einzusparen, als sozialpolitisch verantwortungslos zurück. Nach Auffassung der Liste Solidarität muss auch gefragt werden, welchen Anteil kommunaler Arbeitsplatzabbau an der desaströsen Lage auf dem Arbeitsmarkt hat.

Antrag zur Schulsozialarbeit an der Werner-Heisenberg- Schule

Die Verantwortlichen der Werner-Heisenberg-Schule haben auf die Dringlichkeit von Schulsozialarbeit für ihre Schule schon seit mehr als 10 Jahren immer wieder und mit Nachdruck hingewiesen. Eltern und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben sie in diesem Anliegen unter-

stützt. Zur Zeit beschäftigt sich eine von Kreis und Stadt Rüsselsheim gebildete Arbeitsgruppe mit dem Thema.

Juli 2003

Antrag zur Einrichtung einer Produktionsschule

Als Beitrag zur Linderung der katastrophalen Situation im Ausbildungsbereich schlägt die Liste Solidarität vor, von den Erfahrungen unseres nördlichen Nachbarn Dänemark zu lernen. Dort ist es gelungen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit weitgehend zu lösen. Die Pädagogik der Produktionsschulen baut auf der Idee auf, praxisnahe Arbeit mit theoretischem Unterricht unter einen Hut zu bringen. Das tragende Element der Pädagogik ist, dass die Jugendlichen durch eigene Arbeit, d.h. durch selbständiges Handeln, lernen.

August 2003

Unterstützung des Protestes gegen die Schließung des Kin- derhauses Innenstadt

Es ist ein Widersinn, diese die Innenstadt belebende und aufwertende Einrichtung zu schließen und andererseits Millionen für die kommerzielle Attraktivitätssteigerung auszugeben. Die Schlagzeilenkombination der Mainspitze "Signal Grün für neuen Bahnhof" / "Kinderhaus Innenstadt geschlossen" ist für die-

**Liste Solidarität
im Internet:
www.liste-solidaritaet.de**

Gesundheit wird etwas für die, die sie sich leisten können

Mit der Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft und einer Service-GmbH für die Eigenbetriebe Krankenhaus und Alten- und Pflegeheim der Stadt Rüsselsheim werden erneut gesellschaftliche Aufgaben in eine Organisationsform überführt, die das Wirken von Markt und Konkurrenz politischen Entscheidungen überordnet. In dieser Umwandlung wird der einzige Weg gesehen dem Rüsselsheimer Krankenhaus eine Überlebensperspektive zu erschließen. Diese Reaktion auf die Gesundheitspolitik der Bundesregierung zeigt, wie weit auch in Rüsselsheim der Glaube an die allein seelig machende Kraft des Marktes Fuß gefasst hat.

Gesundheitsfürsorge und Gesundheitsvorsorge muss sich nach dieser "Denke" rechnen. Deshalb sollen die Lohnkosten im Gesundheitswesen gesenkt und Gesundheit zur profitbringenden Ware werden. Der zum "Kunden" umgetaufte kranke Mensch soll diese möglichst kostengünstig erbrachte Ware möglichst teuer bezahlen. Dank Gesundheitsreform beginnt dies bereits mit 10 Euro Eintrittsgeld beim Arztbesuch. Die Vorstellung von einer dem kranken Menschen verpflichteten, allen gleich zur Verfügung stehenden und in Form des öffentlich Dienstes angebotenen medizinischen Infrastruktur muss im Rahmen des aktuellen Sozialabbaus den Konzepten der Markt-radikalen weichen. Auch wenn die neue Gesellschaft noch das Attribut "gemeinnützig" führt, weiß

niemand der Verantwortlichen, ob dies der letzte Schritt in Richtung "Privatisierung" ist oder weitere folgen werden. Die Privatisierungsvorstellungen der CDU machen "brutalstmöglich" deutlich, dass mit einer Umwandlung in eine gGmbH das Ende der Entwicklung keineswegs erreicht ist.

Die gleichzeitige Gründung einer Tochtergesellschaft der gGmbH für Service-Leistungen ist ein weiterer Schritt in das Haifischbecken des freien Marktes. Da für neu eingestellte Beschäftigte der Tarifvertrag des Hotel- und Gaststättengewerbes gelten soll, wird die Folge sein, dass gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird. Dies wird dem betrieblichen Frieden nicht gerade dienlich sein und die Verantwortlichen der

Stadt Rüsselsheim setzen hier auf den allgemeinen Trend zum Lohndumping.

Auch die Liste Solidarität ist für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Einrichtungen im Gesundheitswesen. Dass dies durch die Umwandlung in eine gGmbH und Gründung einer Service-GmbH gewährleistet werden kann, stellen wir vehement in Frage. Denn, wird das betriebswirtschaftliche Ziel nicht oder nicht mehr erreicht, so folgt in der Regel eine erneute Welle von Ausgründungen und der Verkauf oder die Schließung einzelner Teilbereiche des Betriebes.



Die gesundheitspolitische Aufgabenstellung wird hierbei zunehmend ausgeblendet, der ohnehin schon unerträgliche Arbeitsdruck auf Ärzte/innen und Pfleger/innen weiter erhöht und eine sozial gerechte medizinische Versorgung weiter abgebaut. Gesundheit wird etwas für die, die es sich leisten können. Diese Entwicklung lehnen wir ab.

Migrantenberatung

Der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Rüsselsheimer Wohnbevölkerung ist mit über 25% sehr hoch, im Bereich von Kindern und Jugendlichen liegt er noch weit über dieser Marke. Aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation haben Migrantinnen und Migranten einen spezifischen Beratungsbedarf. In den vergangenen Jahren wurde diese Beratung vor allem von der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates (in der Person von Otto Jänisch) sowie der Caritas- und der AWO-Beratungsstelle geleistet. Die soziale Kahlschlagpolitik der Hessischen Landesregierung gefährdet auch diesen – unverzichtbaren – Teil der sozialen Struktur unserer Stadt. Um

den aktuellen Sachstand richtig einschätzen zu können, hat die Liste Solidarität folgende Fragen an den Magistrat gestellt:

1. Wie hat sich die Nachfrage nach Migrantenberatung in Rüsselsheim in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Wie hat sich die den Beratungsstellen zur Verfügung stehende Beratungskapazität (Beratungsstunden) im gleichen Zeitraum entwickelt?
3. In welchem Umfang hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Stadt jeweils an der Finanzierung der Migrantenberatung beteiligt?

4. Wie sieht der Magistrat den Beratungsbedarf und die Lage der Beratungseinrichtungen?
5. Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um den Fortbestand der Migrationsdienste und die Finanzierung der Beratung und Betreuung für Migranten dauerhaft sicher zu stellen?

Kontakt:

Liste Solidarität
c/o Heinz Jürgen Krug
Dr.-Ludwig-Opel-Straße 59
65428 Rüsselsheim

Notprogramm zum Erhalt der sozialen Infrastruktur

In einem haushaltsbegleitenden Antrag schlug die Liste Solidarität vor, umgehend ein Notprogramm zum Erhalt der sozialen Infrastruktur der Stadt Rüsselsheim aufzulegen. Das Notprogramm sollte vor allem die durch Streichung von Landeszuschüssen bedrohten Arbeitsplätze bei freien Trägern (Frauenzentrum, Mädchentreff, Wildwasser, Kinderschutzbund, Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und anderen) für das Jahr 2004 dort absichern, wo dies nicht durch den Kreis Groß-Gerau oder eigene Mittel der Träger geschehe. Die anderen Fraktionen des Stadtparlaments haben es jedoch abgelehnt, dem Beispiel des Kreises zu folgen und die für diesen Zweck notwendigen ca. 250.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Das sogenannte Sparpaket der Hessischen Landesregierung zielt unter dem Vorwand der Haushaltskonsolidierung darauf ab, einen großen Teil der sozialen Infrastruktur in Hessen schlicht

abzuschaffen. Neben sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen trifft diese Politik vor allem Frauen, deren Emanzipation sichtlich nicht gewollt ist und es trifft förderungsbedürftige Kinder und Jugendliche, deren bildungspolitische Ausgrenzung allem Anschein nach zu den Zielen der Union gehört. Die soziale Balance in Hessen gerät dadurch in eine noch größere Schiefelage als bisher.

In Rüsselsheim existiert zur Zeit noch ein entwickeltes Netzwerk von sozialen Initiativen, das – oft auf Drängen der Stadt – Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernommen hat. Wesentlicher Bestandteil dieses Netzes ist die Kompetenz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit hohem Engagement bei oft niedriger Bezahlung einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unseres Gemeinwesens leisten. Ob Wiedereinstiegskurse für Frauen, die Angebote der Diakoniewerkstatt, die

Berufsorientierung des Mädchentreffs, die Migrantenberatung, die Erziehungsberatung oder Wildwasser, alle diese Einrichtungen sind für Rüsselsheim unverzichtbar, ihr Wegfall wird die Kommune mit zur Zeit nicht quantifizierbaren aber aller Voraussicht nach sehr hohen Folgekosten im Sozialbereich belasten.

Das Land setzt hier den Kommunen und Kreisen in gewisser Weise die Pistole auf die Brust, denn eine Fortführung der Politik, sich gegen dieses Abwälzen von Kosten durch Verweigerung zu wehren, ist weder angesichts der Folgen für die betroffenen Menschen noch angesichts der zwangsläufig anfallenden Folgekosten, die dann auf alle Fälle die Stadt tragen muss, zu verantworten. Nach wie vor besteht dringend Handlungsbedarf um Schaden von der Stadt abzuwenden und um den Institutionen, die bisher engagiert für die Stadt gearbeitet haben, den Rücken für die weitere Auseinandersetzung mit der unsozialen Politik der Hessischen Landesregierung zu stärken.

Aus für Rüsselsheim-Pass

Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

Wegen der angespannten Haushaltslage sei der in einem Antrag von SPD, Grünen und Rüssel geforderte „Rüsselsheim-Pass“ für Einkommensschwache nicht möglich. So beschied der Magistrat im Dezember und die Koalitionsfraktionen stimmten, gemeinsam mit CDU und FDP, gegen Bernd Heyl von der Liste Solidarität, der Ablehnung ihres eigenen Antrags brav zu, einige ganz Mutige bei den Grünen enthielten sich der Stimme.

Bereits 1997 und 1999 hatten die Grünen zwei vergebliche Vorstöße in Richtung einer Familienkarte bzw. eines Sozialpasses unternommen. Der jetzige Vorschlag beruht auf einer Studie des „forum urbanum“ von Dagmar Eichhorn, Ex-Stadträtin, einst von den Grünen nominiert. Diese Studie wurde, unter anderem nach Anregungen der lokalen Agenda 21 und des Bündnisses gegen

Sozialabbau, vom Sozialamt in Auftrag gegeben.

Das vorgeschlagene Konzept sollte für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verbesserung der Mobilität und des Zugangs zu Bildung und Freizeitangeboten führen. Es war daran gedacht nach Vorbildern wie z.B. Eßlingen, Frankfurt, Göppingen und Marburg die existierenden Ermäßigungen (Schwimmbad, Theater, städtische Busse) zusammenzufassen, beim öffentlichen Nahverkehr, bei Vereinen, im kulturellen und im Bildungsbereich zu erweitern und in Form eines „Rüsselsheim-Passes“ mit Gutscheinheft zur Verfügung zu stellen.

Ein in sich schlüssiges Konzept, musste auch der Magistrat zugeben.

Dafür ist kein Geld da

Noch im Mai 2003 verkündete Stadtrat Dreiseitel (Grüne), der

Familienpass stehe weiterhin auf dem Plan, zumal er ja auch in der Koalitionsvereinbarung angekündigt worden sei. Aber nun heißt es: Dafür ist kein Geld da.

Genug Geld, ist allerdings für die jedes Jahr hundert Tausende Euro teure und alle Verwaltungsbereiche belastende nunmehr 6-jährige „Testphase“ eines zweiten Haushaltsführungssystems vorhanden. Genug Geld war und ist offenbar auch vorhanden für den Verzicht auf jährlich mehrere Millionen Gewerbesteuererinnahmen durch die Beibehaltung des vor 6 Jahren massiv gesenkten Hebesatzes.

In beiden Fällen agiert die Magistrats-Koalition übrigens völlig unbehelligt von der um die städtischen Finanzen doch so besorgten CDU/FDP-Opposition. Wir sind nun gespannt, ob sich jemand unter den mutigen Haushaltskonsolidierern der interfraktionellen SparAG an diese Themen herantraut.

Flughafenausbau: Steter Tropfen höhlt den Stein

In der aktuellen Auseinandersetzung um den Flughafenausbau lässt sich einmal mehr nur allzu deutlich aufzeigen, wie verkommen die Politiker der etablierten Parteien sind und wie überkommen die von ihnen propagierte sogenannte „freie Marktwirtschaft“ letzten Endes ist. Die Problematik um die im wahrsten Sinne des Wortes einer Flughafenerweiterung im Wege stehenden Chemiefabrik Ticona ist derzeit ein Paradebeispiel hierfür:

Die Bürgerinitiativen wiesen bereits zu Beginn des Streites um eine neue Landebahn auf die permanente und stetig zunehmende Bedrohung durch Flugzeugunfälle hin und forderten in diesem Zusammenhang schon vor Jahren mehr Sicherheit vor Abstürzen. In ihrem Ausbauwahn gingen Wirtschaft, Politik und eingekaufte Gefälligkeitsgutachter leichtfertig über diese Warnungen hinweg und hielten bedin-

gungslos an ihren Planungen fest. Nun wurde durch die Industrieanlagen des Chemie-Werkes in unmittelbarer Nachbarschaft zur projektierten Betonpiste klar, dass eine Erweiterung des Airports alleine schon aus Gründen des Sicherheitsschutzes nicht vertretbar ist. Die kruden Überlegungen der Ausbaubetreiber gehen jetzt dahin, die Ticona zu verlegen. Und sind die Eigner nicht willig, so wird sogar brutalst mit Enteignung gedroht. Die Forderung nach einer Entschädigung wird dann obendrein noch als Preistreiberei denunziert. Hier tritt sie ganz offen zu Tage, die schamlose Verlogenheit der Politiker: Zur Durchsetzung neoliberaler Konzepte wird man auf der einen Seite nicht müde, eine immer freiere Marktwirtschaft zu predigen und bügelt dabei skrupellos soziale und ökologische



treiber gehen jetzt dahin, die Ticona zu verlegen. Und sind die Eigner nicht willig, so wird sogar brutalst mit Enteignung gedroht. Die Forderung nach einer Entschädigung wird dann obendrein noch als Preistreiberei denunziert. Hier tritt sie ganz offen zu Tage, die schamlose Verlogenheit der Politiker: Zur Durchsetzung neoliberaler Konzepte wird man auf der einen Seite nicht müde, eine immer freiere Marktwirtschaft zu predigen und bügelt dabei skrupellos soziale und ökologische

Nachdenken über Krieg ist keine Werbung

Auf Widerspruch stößt die Aufforderung des Ordnungsamtes, das attac Friedensbanner mit dem Text des chinesischen Philosophen Laotse, angebracht an einem Laternenmast zwischen Marktplatz und Marktstraße, abzunehmen. Das Ordnungsamt begründet seine Aufforderung damit, dass mit Hinweis auf das Schild andere kämen und verlangten, auch dauerhaft „Werbeschilder“ aufzuhängen.

Das Banner wurde im Laufe des letzten Irakkrieges angebracht und ist durch seinen Inhalt geeignet, zum Nachdenken über Ursachen und Wirkungen von Kriegen generell anzuregen. Es unterstützt damit die ja ebenfalls nicht auf eine aktuelle Situation

eingeschränkte Erklärung Rüsselsheims zur „City for Peace“ durch die Stadtverordnetenversammlung. Es ist immer wieder zu beobachten, dass Leute stehen bleiben und den Text lesen. Da hier weder zum Kauf einer Ware aufgefordert noch am Markt tätige Firmen mit einem Logo vertreten sind, erfüllt das Banner eine Bildungsfunktion im öffentlichen Raum. Das kann man beifürworten oder ablehnen.

Das Ordnungsamt, respektive der Magistrat, wird um eine inhaltliche Begründung nicht herum kommen. Am besten wäre es aber, die bisherige zeitweise Genehmigung zur Aufhängung des Schildes in eine unbefristete Genehmigung umzuwandeln.

Standards weg. Auf der anderen Seite passen dem Landesfürsten und seinen Vasallen plötzlich die Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage nicht mehr in den Kram.

Mit der Vertretung von Wählerinteressen jedenfalls hat dies nichts mehr zu tun. Hier hat sich ein Apparat verselbständigt, den es dringend und zwingend zu stoppen gilt.

Das Engagement gegen die beabsichtigte Flughafenerweiterung an den unterschiedlichsten Stellen ist dabei sicherlich nur ein kleiner Tropfen, aber die Stetigkeit seit nunmehr sechs Jahren lässt den Moloch langsam wanken. Roger Treuting

Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung – für ein Nachtflugverbot / Rüsselsheim
Kontakt über: Freiwerk, Waldstraße 52, 65428 Rüsselsheim, Tel./FAX: 06142-81101
Internet: www.flughafen-bi.de
E-Mail: freiwerk@freenet.de

Deutsche in den Irak?

Im Kontext der Münchner Sicherheitskonferenz berichtete der Spiegel 6/2004: „Gesucht werden 40.000 Soldaten, um Truppen aus Italien, Polen, Spanien und den USA zu ersetzen. Struck, Fischer und Kanzler Gerhard Schröder wären sogar bereit, Bundeswehroffiziere als Teil eines Nato-Stabes in den Irak zu entsenden. Die Zustimmung der Grünen stellte Fischer intern in Aussicht, die Sozialdemokraten indes winkten ab.“ Wir haben nicht den geringsten Zweifel, dass die Grüne Partei auch diese Kröte schlucken würde.

